

## **Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

Die Bundesregierung hat im Dezember 2016 damit begonnen, Sammelabschiebungen von abgelehnten Asylsuchenden nach Afghanistan durchzuführen. Innenminister de Maiziere und Außenminister Gabriel sind der Ansicht, dass es durchaus sichere Regionen in Afghanistan gäbe.

Dieser Auffassung widersprechen wir entschieden! Schon im April 2016 hat das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNCHR) mitgeteilt, dass das gesamte Staatsgebiet vom Bürgerkrieg geprägt und die dort lebenden Menschen gefährdet seien. Im Dezember 2016 hat die UNHCR die Sicherheitslage als nochmals verschlechtert eingeschätzt. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, forderte im Februar, die Abschiebungen nach Afghanistan umgehend zu beenden. Die Sicherheitslage möge von Region zu Region Unterschiede aufweisen, „gut ist sie aber nirgendwo“.

Schleswig-Holstein hat schon frühzeitig im Januar die Abschiebungen nach Afghanistan wegen schwerer Sicherheitsbedenken ausgesetzt, mehrere Bundesländer haben ebenso Bedenken angemeldet. Winfried Kretschmann hat im Namen der grün-mitregierten Länder Bundesaußenminister Gabriel aufgefordert, die Sicherheitslage neu zu bewerten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg halten Abschiebungen nach Afghanistan für absolut inakzeptabel. Das gesamte Land ist geprägt von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt und es ist in Anbetracht der Sicherheitslage unverantwortlich, Menschen dorthin zurückzuschicken. Nicht die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich verändert, sondern der innenpolitische Diskurs in Deutschland vor der Bundestagswahl. Wir fordern die brandenburgische Landesregierung auf, nach § 60a Aufenthaltsgesetz ein Moratorium zu verhängen und sich bei der Bundesregierung dringlichst für eine Neubewertung der Sicherheitslage einzusetzen, die in Einklang mit unseren humanitären Verpflichtungen steht. Für die oftmals gutintegrierten langjährig Geduldeten ist eine Bleibeperspektive zu schaffen.